

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Riesner Tagesblatt, Leipzig, Postfach Nr. 20.

Das Riesner Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichshauptstadt Leipzig, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptzollamts Leipzig.

Postfachamt: Dresden 1830, Poststraße Leipzig Nr. 22.

Nr. 8.

Mittwoch, 5. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bahn. Für den Fall des Einrückens von Anzeigen, Erklärungen, Erklärungen der Adressen und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (3 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Einzeln an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verleger — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Stitzel, Leipzig.

Der „Netter“.

BR. Das deutsche Volk hatte sich vor, während und nach den Feiertagen zu überzeugen, daß die Krise, die durch den Sturz des Rinderheilskabinetts Marx dem Reich beschert wurde, sich von Tag zu Tag unübersichtlicher und nahezu unlöslich gestaltete. Alle Kombinationen, die für die Lösung der Krise in Frage kommen könnten, erwiesen sich angesichts der Haltung der einzelnen Parteien bei näherer Betrachtung als unüberwindlich. Die Möglichkeit einer Rechtskoalition scheitert an der Unnachgiebigkeit des Zentrum, die Linkskoalition sieht ihren Weg durch die sozialdemokratischen Forderungen verbohrt, die zu akzeptieren auch den Mittelpartei nicht opportun sein dürfte, und schließlich scheint man auch in den Kreisen unserer Parlamentarier eingesehen zu haben, daß eine Rückkehr zur alten Rinderheilskoalition der Mitte gleichbedeutend wäre mit einer Vorkriegserklärung unseres parlamentarischen Systems, da ja, wie allgemein bekannt sein dürfte, die Regierung Marx nur zu dem Zwecke befristet wurde, um den Weg zur Schaffung eines klaren Mehrheitsverhältnisses freizumachen. So schien bis in die letzten Tage hinein jede Aussicht auf eine baldige Lösung der Regierungskrise oerschliffen, unmöglich zu finden, hoffnungslos. Bis in die letzten Tage. Dann fand sich ein „Netter“.

Herr Briand, Frankreichs Außenminister, hat verschiedenen Zeitungsvertretern eine Unterredung gewährt, in der er sich sehr eingehend über die Möglichkeiten seiner Annäherungspolitik äußerte. Er forderte, daß die Kammer sich möglichst schnell mit der Materie befaßt, in der Hoffnung, daß durch eine ausdrückliche in der großen Öffentlichkeit das Bild, das er vor Augen hat, dem französischen Volk etwas schärfer gezeichnet werden könnte. Soweit seine Worte sich mit den innerpolitischen Fragen Frankreichs beschäftigen, enthalten sie nichts, was in Deutschland irgendwo einer Kritik unterzogen werden dürfte. Aber Briand befaßt sich nicht mit dem Schicksal seiner „Freiheitspolitik“ in Frankreich, sondern mit dem Schicksal der Quotidien, die sich zu Ausführungen herbei, die unbedeutend als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands aufgefaßt werden müssen. Nachdem der Quotidien, inspiriert von Briand sich zu dem Jugendbündnis bequemt hat, daß die Politik von Locarno sich nicht mit einer weiteren Befestigung des Rheinlandes befreit, und Frankreich sich lieber bereit sein würde, gegen eine „sichere Garantie“ ihr ein Ende zu bereiten, kommt das Blatt zur folgenden höchst beachtlichen und lenkenden Feststellung: „Nur die Linksparteien sind uns eine Garantie für den Friedenswillen des Reichs, für seine Loyalität und seinen aufrichtigen Versöhnungswillen. Nur diesen können wir Konzeptionen geben. Locarno wäre nur noch ein leeres Wort ohne Sinn und Inhalt, wenn es in Deutschland von einer Rechtsregierung angewandt würde.“ Die Rede ist aus dem Saal! Also nur, wenn in Deutschland eine Linksregierung wieder aus der Ruder kommt, so läßt der Quotidien dem deutschen Volk verstanden, wird Frankreich sich dazu entschließen, Locarno die Auswirkung zu geben, zu der es sich moralisch und vertraglich verpflichtet hat. Der Vorschlag ist wirklich ausgesprochen! Nur eine kleine Rückfrage zu einer Garantie für uns: Wer gibt dem deutschen Volk die Gewähr dafür, daß, wenn tatsächlich in Deutschland eine Linksregierung wieder aus dem Schiff gerufen wird, Frankreich praktische Versöhnungsarbeit leistet? Der Quotidien? Herr Briand? Sicherlich. Vielleicht zum Leidwesen dieser Gewährsmänner ist es dem deutschen Volk nicht ganz unbekannt geblieben, daß in Frankreich ein französischer Ministerpräsident Poincaré existiert, der ganz anders will, als sein nachgeordneter Außenminister. Schließlich, auch ein sehr junges nationales Frankreich, das von einer Rheinlandsräumung nichts wissen will, eine sehr maßgebende Pariser Rechtspreß, deren Ton und Sprache das deutsche Volk hinreichend überzeugend hätte, wie es dort in Wirklichkeit mit einer solchen sogenannten „Versöhnungsbereitschaft“ befaßt ist. Es genügt vielleicht, darauf hinzuweisen, daß Poincarés Politik in Frankreich auf Grund gewisser Erfolge seiner Finanzpolitik im Augenblick sehr fest ist, daß er momentan wenigstens, in den Augen seiner Parteigenossen eine Rolle spielt, die ihn zum „Retter des Vaterlandes“ glorifiziert. Immerhin also, Poincaré und das Frankreich um ihn ist im Vergleich zu Briand und seinen Anhängern keine Bagatelle. Womit gesagt ist, daß ein Versprechen Briands ohne Gegenzeichnung seiner innerpolitischen starken Gegner für uns so gut wie gar keinen Wert haben kann.

In Deutschland gibt es viele Leute, die darüber anderer Ansicht sind. Mit einer Schnelligkeit und einer Leidenschaft, die fast wie eine Verabredung anmutet, (was jedoch als Tatsache nicht behauptet werden soll) klärt sich ein gewisser Teil der deutschen Presse auf diese Feststellungen des Quotidien. So lesen wir in einem demokratischen Berliner Mittagsblatt: „Nur selten wird ein so überdeutlicher Appell über eine Landesgrenze gesendet. Der Wind, den Briand, selbst im allerhöchsten Kampfe stehend, durch sein Wort der deutschen Öffentlichkeit gibt, kann nicht ohne weiteres unbeachtet bleiben. Er umkreist die große Alternative. Entweder eine festliche Fortsetzung der bewährten Außenpolitik der letzten Jahre oder — keine Rheinlandsräumung. Das Ziel, das allen Deutschen vorschwebt, ist in erster Linie die Befreiung des besetzten Gebietes. Die Schaffung einer Rechtsregierung auf der Grundlage der Versöhnungspolitik ist transaktionsweise die erste Vorbedingung für die Fortsetzung

Zur Neubildung der Reichsregierung.

Wie verstanden, werden die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern über die Bildung der neuen Regierung, die am Montag beginnen, mit einem Empfang des Reichspräsidenten Loche eingeleitet werden. Dieser haben lediglich ganz interne Vorbereitungen zwischen einzelnen maßgebenden Persönlichkeiten stattgefunden. Wie das Berliner Tagesblatt wissen will, wird der erste Aufruf zur Regierungsbildung voraussichtlich an einen Volksparlament gehen.

Bisher keine Betreuung Dr. Curtius' mit der Kabinettsbildung.

Berlin. Wie ein Berliner Staatsabendblatt sich aus Wien melden läßt, hat der Reichspräsident den bisherigen Reichsminister Dr. Curtius mit der Bildung der neuen Regierung betraut. Diese Nachricht ist, wie der Telegraphen-Union von unabhnger Seite mitgeteilt wird, in dieser Form nicht richtig. Dr. Curtius ist bisher mit der Kabinettsbildung offiziell nicht betraut worden. Da Dr. Curtius zur Zeit in Wiesbaden weilt, ist seine Betrautung vor seiner Rückkehr nach Berlin, die erst für den 9. dieses Monats vorgezogen ist, nicht möglich.

der Betretungsverhandlungen. Das deutsche Volk und seine Parteien müssen sich entscheiden.

In welcher Richtung diese Entscheidung zu suchen ist, geht mit unmissverständlicher Klarheit aus den Zeilen dieser demokratischen Ausführungen hervor. Wstlich, der Briandische Quotidienartikel kam unter den linksorientierten „Regierungsbildnern“ sehr gelesen. Keine Rheinlandsbetretung ohne eine Linksregierung! In der Tat, ein zugkrftiges, auf unerschöpfliche, von Sachkenntnis nicht getriebene, auf unerschöpfliche, sehr wirkungsvolle Schlagwort. Es erübrigt sich nachzuweisen, welche grenzenlose Unwahrheit in ihm verborgen liegt. Im übrigen glauben wir, daß das deutsche Volk über solch logik verfügt, um selbst das Demagogische dieser neuen Kampfsparole zu erkennen. Man wird sich jedoch nicht zu wundern haben, wenn in der nächsten Zeit der „Appell Briands“ im Meinungshaber der Regierungsbildung eine große Rolle spielen wird.

Der Faustschlag.

Die französische Presse wird sicherlich befreit sein, den letzten Männer Zwischenfall als eine recht harmlose Nebenabschlssigkeit hinzustellen. Was ist denn schließlich auch weiter passiert? Ein französischer Offizier hat einen deutschen Strakenbahnkassierer ins Gesicht geschlagen, weil dieser deutsche Beamte sich zu einer dienlichwrigen Unvorsichtigkeit nicht bewegen lassen wollte. Ein Faustschlag ins Gesicht eines hohen! Deshalb die Aufregung? Wenn ein anderer Offizier unbetraut, also im Einvernehmen mit seinen vorgelegten Behörden einen friedlichen deutschen Bürger auf der Straße niederschlagen darf, so kann das, was dem Totschlger gestattet wird, dem Faustschlag nur recht und billig sein. Ist doch die letzte „Selbstentat“ des französischen Offiziers in Mainz nur eine etwas „humanere“ Abwandlung des Systems, das durch einen Roulier zur glre der großen französischen Nation geschaffen wurde. Paris hat dieses System durch den erfolgten Freispruch des Mörders Roulier begünstigt. Wird es dagegen etwas einzuwenden haben, wenn ein Offizier der tapferen französischen Befehlshaber, in „Notwehr“ selbsthndlich, zu einem Mittel greift, das im allgemeinen nicht tödlich wirkt? Und gibt es für das deutsche Volk einen schlagkrftigeren Beweis für den einleitenden Versöhnungswillen Frankreichs, wenn sogar die Offiziere der französischen Armee sich dazu entschließen, anstatt mit der Wirtel, nur mit der nackten Faust das deutsche Antlitz zu treffen?

Zwischenfälle in Hankau.

London 5. Januar. Wie Times aus Hankau meldet, ist gestern unmittelbar nachdem zwischen dem englischen Admiral, den englischen Behörden und dem chinesischen Polizeidirektor eine Vereinbarung über die Zurückziehung der englischen Marineabteilung zustande gekommen war, eine chinesische Volksmenge in die englische Konzession eingedrungen und hat sich der aus Sandlcken gebildeten provisorischen Verteidigungsanlagen bemächtigt. Daraus erblieben die englischen Seesoldaten Befehl, erneut zu landen, der jedoch widerrufen wurde, da es im Falle einer Landung unmöglich gewesen wäre, auf Eröffnung des Feuers zu verzichten. Abends war die Lage sehr ernst.

Beginn des Kampfes um Schanghai.

London. Meldungen aus Schanghai zufolge hat gestern bei Suwan etwa 100 Meilen westlich von Schanghai der Kampf um den Berg von Schanghai begonnen. General Santschuanlang hatte den Angriff auf die Kantonsarmee öffnet und seine Truppen gegen ihre Stellungen jenseits des Lichtung-Flusses vorgeschickt, um dem erwarteten Angriff auf Schanghai vorzuzukommen. Der Kampf dauerte den ganzen Tag. Man glaubt, daß die Schlacht sich bald auch auf die anderen Teile der Front ausbreiten wird.

Ein Kabinett der Mitte in Sachsen?

Dresden, 5. Januar. In der am Dienstag abgehaltenen interfraktionellen Besprechung teilten die Vertreter der A.P.S. den Beschluß ihres Landesvorstandes mit, in dem die Bildung eines Kabinetts der Mitte als einzig mögliche Lösung der Regierungskrise bezeichnet wird. Sie fügten hinzu, daß die Linksfraktionen auch nicht in der Lage seien, durch Abgabe von weißen Zetteln bei der Ministerpräsidentenwahl die Bildung einer bürgerlichen Regierung zu ermöglichen. Der Vertreter der Deutschnationalen verließ hierauf die Sitzung. Die übrigen Fraktionsvertreter saßen dann eine Entschließung, in der die Deutschnationalen erlucht werden, ihren Anspruch auf Beteiligung an der Regierung aufzugeben und sich zur Unterstützung bei der Bildung eines Kabinetts der Mitte bereit zu erklären. Dieser Beschluß wurde sofort den Deutschnationalen übermittelt.

Schaughal. (Hankspruch.) Nach einer Meldung aus Hankau haben gestern Abend die in die britische Niederlassung eingedrungenen Chinesen das Zollgebäude und das Gebäude der Gemeindevorwaltung der Niederlassung besetzt und die Briten aus der Niederlassung vertrieben. In der Niederlassung wird die Ordnung von chinesischer Polizei aufrechterhalten.

London. (Hankspruch.) Zu den Vorgängen in Hankau meldet Reuters noch, daß das aus japanischer Quelle stammende Gerücht, wonach die Engländer aus der britischen Niederlassung vertrieben seien, sich nicht bestätigt, jedoch hätten bei dem Eindringen der Volksmassen in die Niederlassung die englischen Behörden es für unmöglich gehalten, ohne Waffengebrauch die erraute Menge aufzuhalten. Sie hätten deshalb die Niederlassung unter der Kontrolle der Sanktionstruppen gelassen, die zur Verfügung stehende englische Marineabteilung war zu geringfugig, und wäre, wenn sie nicht zurückgezogen worden wäre, voraussichtlich unterlegen.

Dr. Luther über seine Amerikareise.

Wien. Am Dienstag Abend sprach Reichstagskanzler A. Dr. Luther auf einer Veranstaltung des Vaterländischen Frauenvereins in Wien über die Eindrisse während seiner Südamerikareise. Die große Jubelstimmung, unter der man neben Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zahlreiche führende Industrielle der Niederlande und den Oberbürgermeister Dr. Bracht bemerkte, bereitete Dr. Luther einen überaus herzlichen Empfang. Dr. Luther schilderte zunächst die klimatischen und geographischen Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten und betonte deren außerordentliche Naturschönheit. Der Redner ging dann kurz auf Regierungssystem und Bevölkerung der einzelnen Länder und ihren großen natürlichen Reichtum ein. Er wies darauf hin, daß die südamerikanischen Staaten ihre An siedlungs politik in der nächsten Zeit hart ausdehnen würden, woraus sich die Notwendigkeit großer Menschenaufwanderung ergebe. Dr. Luther gedachte auch der Schwierigkeiten der deutschen Kulturpioniere in Südamerika, die aber immer, auch während des Krieges, auf die Fortentwicklung des deutschen Lebens bedacht gewesen seien. Er habe auf seiner Reise besonders erkannt, wie notwendig es sei, das Band zwischen den Deutschen des In- und Auslandes enger zu knüpfen. Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß nichts für uns erstrebenswerter sei, als für eine weitere Befestigung der internationalen Beziehungen und für ein gemeinsames zweckmäßiges Schaffen der Völker einzutreten.

Dammbruch am Frischen Haff.

Ueberschwemmungsgefahr. Der starke Nordost-Sturm der letzten Tage hat besonders in den Weichsel-Niederungen des Danziger Gebietes arg gehauert und großen Schaden angerichtet. Der orkanartige Sturm trieb die Schollen gegen die neuen Deiche. Trotz ihrer starken und modernen Bauart wurden die Dmme auf der Danziger Seite in einer Länge von 200 Meter vollständig durchbrochen. In einer benachbarten Stelle erfolgte ein Durchbruch in etwa 50 Meter Länge. Man versuchte zunächst durch die verschiedensten Abwehrmaßnahmen das Unglück zu verhindern. Doch erwiesen sich alle Bemühungen dem tobenden Element gegenüber als wertlos. Es besteht Gefahr, daß bei einem erneuten Einsetzen des Nordost-Sturms das ganze Deichgebiet überschwemmt wird.

Die Reise des Kreuzers Hamburg.

Berlin. Der Kreuzer Hamburg ist am 3. Januar von Alexandria nach Norwacht in See gegangen.